

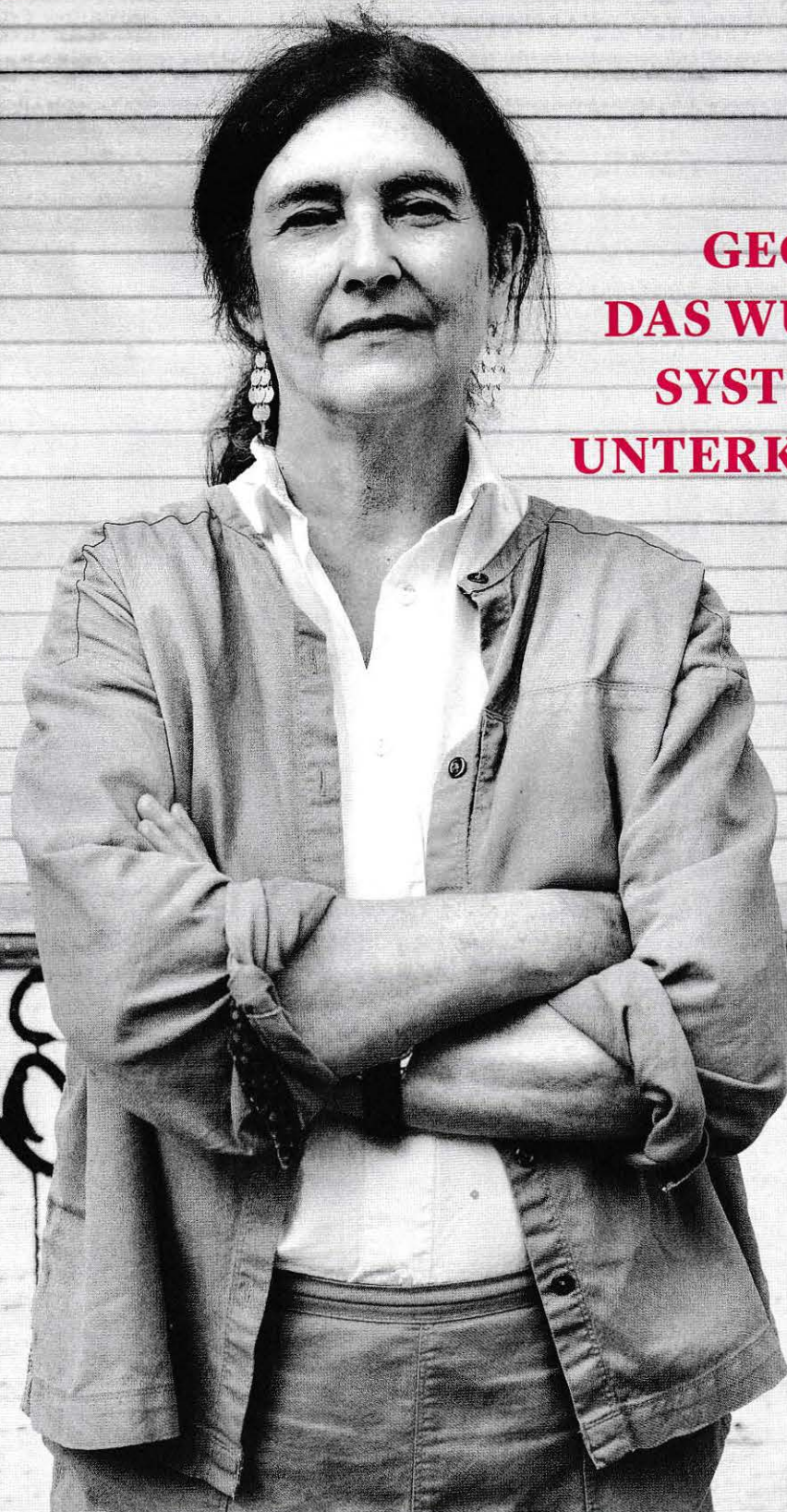
BÜRGER IN SOZIALEN SCHWIERIGKEITEN

2,80 €, davon 1,40 € für die Verkäuferin/den Verkäufer

Oktober 2025

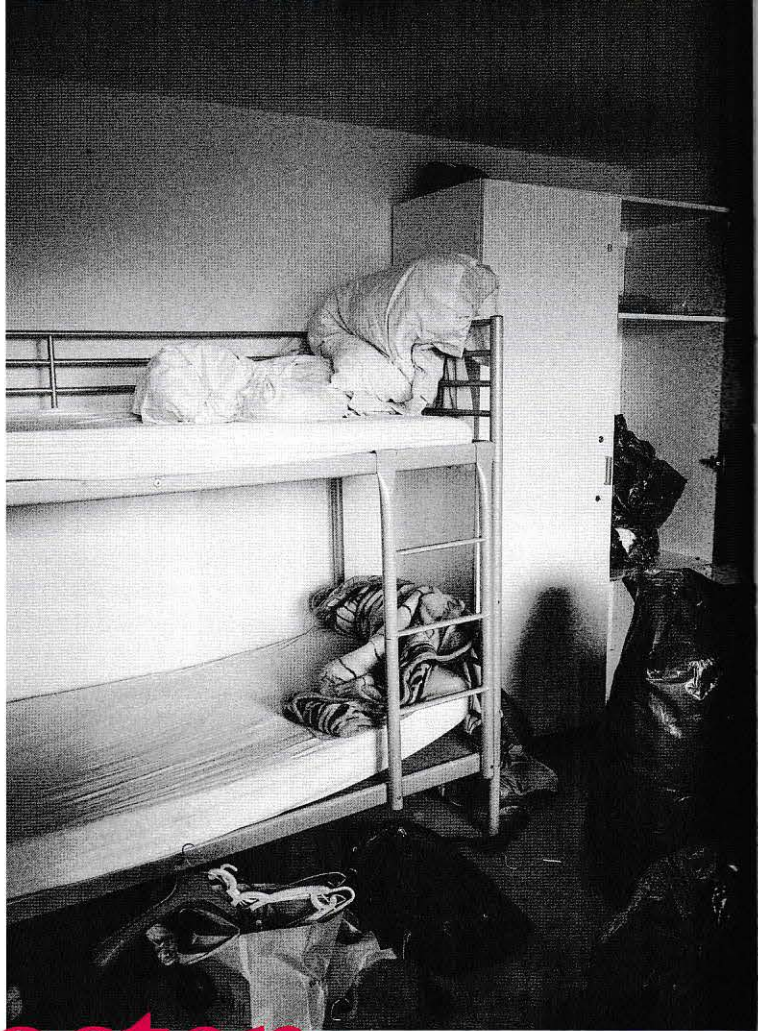
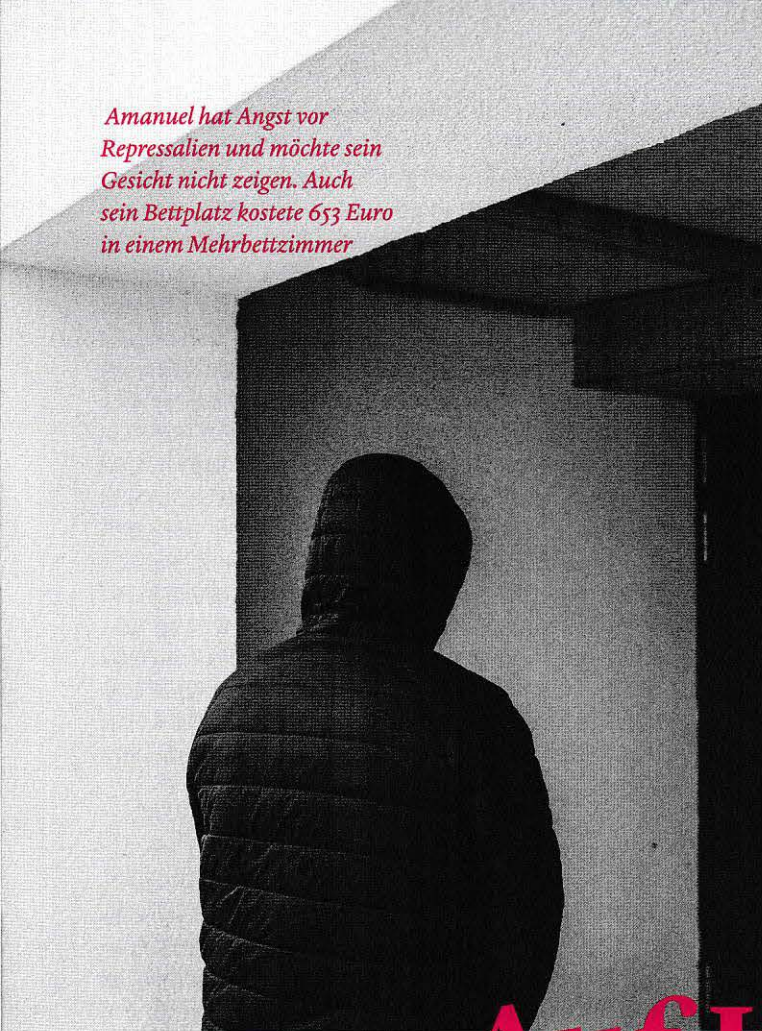
BISS

**GEGEN
DAS WUCHER-
SYSTEM IN
UNTERKÜNFEN**

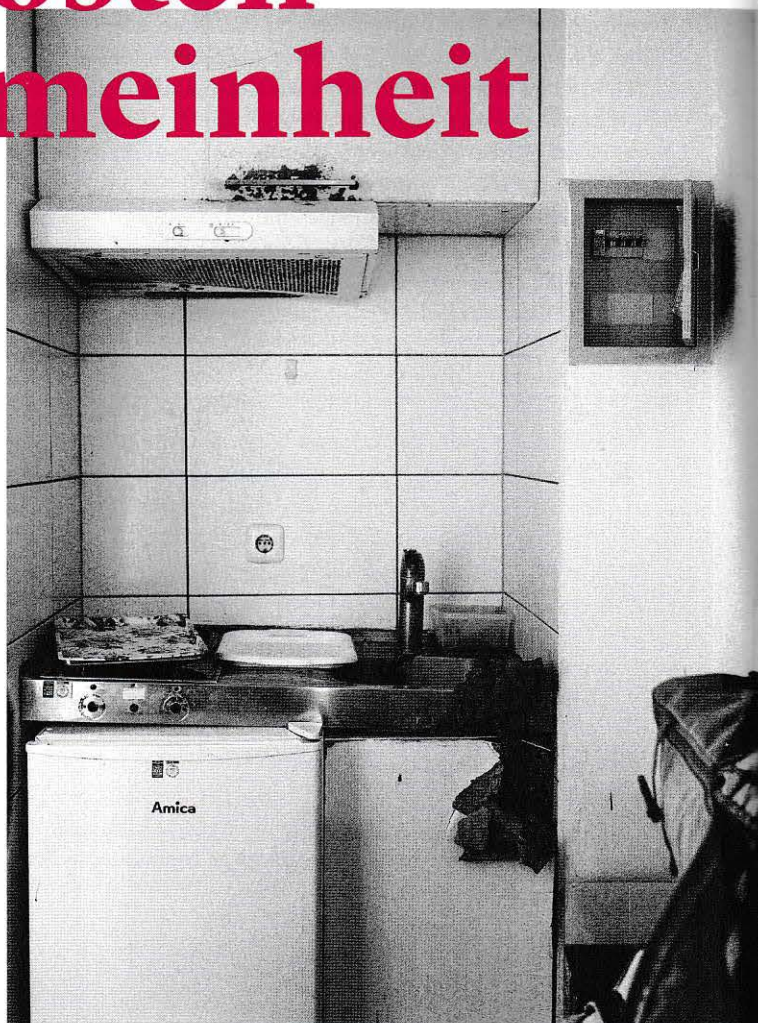
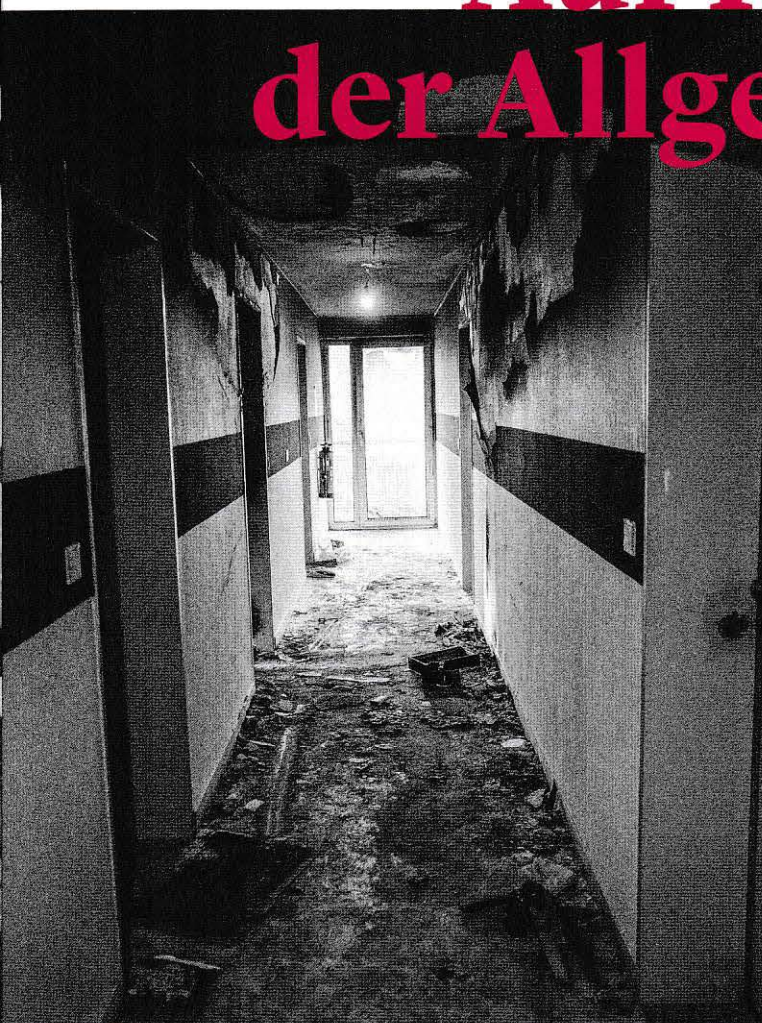


ISSN 0948-3470 www.biss-magazin.de

*Amanuel hat Angst vor
Repressalien und möchte sein
Gesicht nicht zeigen. Auch
sein Bettplatz kostete 653 Euro
in einem Mehrbettzimmer*



Auf Kosten der Allgemeinheit



Weil es in München zu wenig verfügbaren Wohnraum für Wohnungslose gibt, kooperiert die Stadt mit privaten Anbietern. Die Preise für einen Bettplatz sind horrend, die Zustände in den Häusern teils erschreckend.



Text
BENJAMIN
EMONTS

Fotos
Fotos im
investigativen
und journa-
listischen
Auftrag von
BISS

Moosach, Alzeyer Straße. Schlichte Wohnblöcke aus den Sechzigerjahren reihen sich aneinander, dazwischen ein asiatischer Supermarkt, parkende Lieferwagen, ein leerer Einkaufswagen, den jemand auf dem Gehsteig abgestellt hat. Er wirkt fast so vergessen wie die Gegend selbst, hier am Rande der Millionenstadt. Der große Luxus, für den München bekannt ist – er liegt von hier aus gefühlt Welten entfernt.

Besonders gilt das für die Hausnummer 2. Auf dem Putz liegt eine dünne Mooschicht, die Rückseite des Gebäudes ist komplett eingerüstet. Man repariert immer noch die Schäden eines Feuers, das ein Bewohner im April gelegt hat. Oben am Dach hängt ein verblasstes Werbeschild: „A1 Apartments. Günstig übernachten.“ Günstig? Eine bitterböse Ironie. Denn hinter der Fassade liegen keine gewöhnlichen Apartments, sondern Mehrbettzimmer für Obdachlose. Und die sind erschreckend teuer.

München zählt zu den wohlhabendsten Städten Europas, doch an seinem Wohnungsmarkt tun sich immer wieder soziale Abgründe auf. Nicht mehr nur schicke Altbauwohnungen und WG-Zimmer sind hier kaum noch bezahlbar, selbst mit Unterkünften für Obdachlose werden inzwischen große Geschäfte gemacht. So zeigt eine aktuelle Recherche des BISS-Magazins: Private Betreiber und gemeinnützige Träger berechnen in ihren Unterkünften bis zu 1600 Euro im Monat für einen Schlafplatz im Mehrbettzimmer, ohne eigenes Bad, ohne Privatsphäre. Das geht aus fast einem Dutzend sogenannter Beherbergungsverträge hervor, die die Redaktion einsehen konnte. Es offenbart sich ein System, das in der Landeshauptstadt jährlich etwa 40 Millionen Euro an Steuergeldern verschlingt – und Obdachlose immer öfter in die Schuldenfalle treibt.

Amanuel Kidane, 36, hat mehrere Monate in der Alzeyer Straße gelebt. Er ist ein anerkannter Flüchtling aus Eritrea. Sein Name wurde für diesen Bericht geändert, weil er Angst hat, sonst keine Unterkunft mehr zu bekommen. Auf dem regulären Wohnungsmarkt in München hatte er keine Chance, ohne Job, ohne Einkommen, mit seiner Vorgeschichte als Flüchtling. Also unterschrieb er im Jobcenter den Vertrag: monatlich 653 Euro für ein Bett in einem 18 Quadratmeter kleinen Dreierzimmer, mit blankem Betonboden, Waschbecken und kleiner Kochnische. Duschen und Toiletten musste er sich mit 20 Menschen auf seiner Etage teilen. Heruntergerechnet auf seinen

*Im April legte
ein Bewohner
Feuer. Die
Schäden wurden
Monate
später behoben.*



Anteil an Wohnfläche, ein Quadratmeterpreis von mehr als 100 Euro. In Münchens Toplagen wie Lehel und Bogenhausen, das zum Vergleich, beträgt die durchschnittliche Kaltmiete derzeit etwa 27 Euro pro Quadratmeter.

Kidane ist beileibe kein Einzelfall. Etwa 13.600 Menschen gelten in München derzeit als „wohnunglos“. So wie die Stadt immer weiterwächst, so nimmt auch die Zahl ihrer Obdachlosen immer weiter zu. Die Stadt ist, um diese Menschen vor „Gefahren an Leib und Leben“ – etwa Kälteeinbrüchen – zu schützen, gesetzlich verpflichtet, ihnen einen Schlafplatz zu geben. Für besonders akute Fälle, derzeit etwa 5000 Menschen, hat sie daher ein sogenanntes Sofortunterbringungssystem errichtet. Es umfasst fast 60 Unterkünfte im Stadtgebiet. Die Kosten für die Unterbringung übernimmt in neun von zehn Fällen, wie auch anfangs bei Kidane, das Jobcenter, weil die meisten Betroffenen Sozialleistungen wie Bürgergeld oder Grundsicherung beziehen. Wiederum 70 Prozent dieser Unterbringungskosten erstattet aktuell der Bund. Erst wenn die Obdachlosen arbeiten, müssen sie einen Eigenanteil bezahlen.

Das zentrale Problem jedoch ist: Die Stadt München hat bei Weitem nicht genug eigenen Wohnraum, um all die Obdachlosen eigenständig unterzubringen. Aktuell betreibt sie lediglich acht Notunterkünfte und sieben Clearing-Häuser, dort gelten eigene Gebührensatzungen, nach denen ein Bettplatz rund 300 Euro im Monat kostet. Ein vergleichsweise moderater Preis, wobei eine fünfköpfige Familie auch dort auf monatliche Beherbergungskosten von 1500 Euro kommt. Für die große Mehrheit der Betroffenen greift die Stadt auf deutlich teurere externe Anbieter zurück.

Den größten Anteil davon machen private Betreiber aus wie etwa die Five Walls GmbH mit Sitz in Gräfelfing. Sie betreibt auch das Hochhaus in der Alzeyer Straße in Moosach. Diese privaten Anbieter stellen derzeit 26 Unterkünfte bereit. Darüber hinaus gibt es 13 Einrichtungen, die von gemeinnützigen Trägern wie Condrops, dem Evangelischen Hilfswerk und dem Katholischen Männerfürsorgeverein betrieben werden, sogenannte Flexiheime. Bei Condrops in der Grete-Weil-Straße kostet ein Bettplatz monatlich beispielsweise rund 850 Euro, beim Katholischen Männerfür-

sorgeverein in der Wotanstraße 876 Euro. Der Wohnstandard in Flexiheimen gilt generell als etwas besser als in den privaten Unterkünften. Auch deshalb hatte sich die Stadt München ursprünglich das Ziel gesetzt, zwischen 2015 und 2025 mindestens 5000 neue Plätze in Flexiheimen zu schaffen. Doch wegen klammer Kassen wurde das Bauprojekt Ende Juli nun eingestellt. Entstanden sind lediglich 1200 Plätze.

Bei den externen Anbietern, darum sind sie deutlich teurer, gelten keine städtischen Gebührensatzungen, sondern die Kommune schließt individuelle Rahmenverträge mit den Betreibern ab. Die Stadt gibt dabei gewisse Mindeststandards vor und schreibt die Aufträge öffentlich aus. Die Betreiber kalkulieren einen Komplettpreis pro Bett, der von den Energiekosten bis zum Hausmeisterdienst alles umfasst. Als Vergabekriterium gilt jedoch nicht nur, wer der Günstigste ist, sondern auch, wer bereits Erfahrung mitbringt. Deshalb werden die gleichen Betreiber oft mehrfach beauftragt. Die teils erheblichen Kostenunterschiede zwischen den Unterkünften erklärt das Sozialreferat damit, dass die Mietpreise für Immobilien, Umbaukosten, Ausstattung und Personalkosten teils stark variieren. Außerdem hängen sie von der Vertragslaufzeit und Größe der Unterkünfte ab: Je weniger Bettplätze und je kürzer der Abschreibungszeitraum, desto höher seien in der Regel die Entgelte. Entstehen am Jahresende Überschüsse, so müssen zumindest die gemeinnützigen Träger diese an die Stadt zurückzahlen oder zweckgebunden wieder in soziale Arbeit investieren, also etwa in Personal oder Betreuung. Gewinne einbehalten dürfen die gemeinnützigen Träger nach eigenen Angaben nicht.

Anders ist es freilich mit privaten Betreibern: Sie arbeiten gewinnorientiert. Allein an diese privaten Anbieter hat die Stadt nach eigener Auskunft 22 Millionen Euro im vergangenen Jahr überwiesen. Dabei bleiben die Vertragskonditionen stets geheim. Das Geschäft mit den Obdachlosen ist offenbar lukrativ. Immer mehr Anbieter wollen auf den Geschäftszweig aufspringen. Allein die Five Walls GmbH betreibt inzwischen acht solcher Häuser in München. Das Unternehmen gehört zu einem Firmenkonglomerat namens Morten Group, das sein Geld vor allem mit der Unterbringung von Flüchtlingen und Obdachlosen verdient. Die Five Walls GmbH hält sich öffentlich bedeckt. Eine eigene Homepage sucht man vergeblich, auf der Tele-

fonnummer ist es durchgehend besetzt. Umsätze und Gewinne sind nicht einsehbar. Eine Anfrage der Redaktion lässt sie unbeantwortet. Im Unternehmensregister ist lediglich zu lesen, dass sich ihre Bilanzsumme von 2022 auf 2023 auf mehr als sieben Millionen Euro beinahe verdoppelt hat. Der stetige Nachschub an Obdachlosen ist garantiert. Aus Sorge, dass Anbieter abspringen könnten, zahlt die Stadt den Betreibern sogar eine monatliche Vorauszahlung in Höhe von 80 Prozent der Gesamtkapazität an Bettplätzen. Man würde sonst „die eigene Marktposition schwächen“, teilt das Sozialreferat mit.

Die Stadt München macht ohnehin kein großes Geheimnis daraus, auf die privaten Betreiber angewiesen zu sein. Man sei aufgrund des immer knapper werdenden Wohnraums auf dem Immobilienmarkt eben nicht in der Lage, genug eigene Grundstücke oder Immobilien für die Unterbringung zur Verfügung zu stellen, heißt es aus dem Sozialreferat. Die mitregierende SPD-Fraktion im Stadtrat räumt auf Nachfrage ein, dass diese Situation zwar „politisch unbefriedigend“ sei, weil die Preise der privaten Betreiber „tatsächlich zum Teil in Richtung Wucher“ gingen. „Doch dagegen haben wir leider keine Handhabe“, sagt Fraktionsvorsitzende Anne Hübner.

Die hohen Bettplatzentgelte rechtfertigt das Sozialreferat vor allem damit, dass die Betreiber auch vertragliche Pflichten wie Sicherheitsdienst, Anwesenheitskontrollen, Bettwäscheausgabe, Reinigung und Instandhaltung erfüllen. Vergleiche mit normalen Mietverträgen seien daher nicht angebracht, noch eher orientierten sich die Preise an der Hotellerie. Eine zentrale Rolle spielen jedoch auch haushaltsrechtliche Erwägungen der Stadt. Wenn sie die Bettentgelte drastisch senken würde, müsste man laut Sozialreferat den Betreibern zusätzliche Beträge zahlen, um weiterhin genug Schlafplätze zu akquirieren. Doch diese Zuschüsse würden dann – anders als die aktuellen Bettentgelte – nicht mehr anteilig vom Bund mitfinanziert. „Dies hätte zur Folge, dass die Landeshauptstadt weitere Schulden anhäufte oder ihrer Verpflichtung der Unterbringung wohnungsloser Haushalte nicht mehr nachkommen könnte“, schreibt das Sozialreferat. Oder anders gesagt: Bevor die Stadt ihren eigenen Haushalt noch

mehr belastet, belässt sie die Preise lieber so hoch, wie sie sind, und kassiert weiter die vollen Zuschüsse vom Bund.

Für viele macht es sich die Kommune ohnehin viel zu einfach. Für die Linke im Stadtrat zahlen Stadt und Staat „absolute Wuchermieten“ und lassen sich „über den Tisch ziehen“. „Da wird mit dem Leid von Geflüchteten und Wohnungslosen Gewinn gemacht.“ Die Unterbringung der Obdachlosen gehöre in die öffentliche Hand, fordert die Partei. „Das Geld, das aktuell für absurde Mietpreise aus dem Fenster geschmissen wird, könnte genauso gut in den Bau und den Betrieb von städtischen Unterbringungen fließen.“ Auch der CSU-Fraktionsvorsitzende Manuel Pretzl übte an dem System bereits harsche Kritik: „Fast 1500 Euro, das ist ein Skandal, ein unglaublicher Wucher“, sagte er dem „Focus“, nachdem 2023 erstmals die Bettpreise für die Container-Anlage in der Galopper Straße in München-Riem öffentlich wurden. Auch sie wird von der Five Walls GmbH betrieben. Und der bayerische Mieterverein prangert an: „Es kann nicht sein, dass sich hier der Vermieter auf Kosten der Steuerzahler und des Staates bereichert“, sagte Geschäftsführerin Monika Schmid-Balzert in der BR-Sendung „quer“.

Widerstand kommt auch von Menschen, die unmittelbar mit den Obdachlosen arbeiten. Etwa vom Sozialpädagogen Dominik Dirnberger. Er arbeitet als Schuldenberater im Münchner H-Team, das sich für in Not geratene Menschen einsetzt. In sein Büro kommen inzwischen fast täglich Menschen, die durch die Unterbringung in einer Obdachlosen-Unterkunft in die Schuldenfalle geraten sind. Sobald die Wohnungslosen arbeiten, müssen sie die Kosten der Unterbringung nämlich in den meisten Fällen vollständig selbst zahlen, und zwar rückwirkend vom ersten Arbeitstag an. Unberührt von den Forderungen bleibt nur ihr Sozialhilfesatz in Höhe von etwa 500 Euro.

Nun hat die Stadt zwar inzwischen erste Unterkünfte für erwerbstätige Obdachlose geschaffen, zu deutlich moderateren Preisen. Doch die Plätze darin reichen bei Weitem nicht aus. So landen bei Dirnberger Fälle, da verdienen Menschen 2000 Euro netto und sollen monatlich 1500 Euro für einen Bettplatz wie in der Galopper Straße in Riem bezahlen. „Entweder die Leute sparen sich das Geld vom

Um das Projekt
BISS zu unterstützen,
übernehme ich
die Druckkosten für
diese Seite.

eksystent Filmverleih
Jakob Kijas
in München
www.eksystent.com

Mund ab oder sie müssen wieder Sozialhilfe beantragen“, sagt Dirnberger. Manche seiner Klienten fragten sich, wieso sie überhaupt noch arbeiten sollen, wenn ohnehin alles für die Unterkunft draufgeht. Zumal viele die amtlichen Bescheide nicht richtig verstehen und auch nicht die Kraft und den Mut finden, sich dagegen zu wehren.

Verzweifelt war auch Amanuel Kidane. Nachdem er einen Job als Lagerist angenommen hatte, Nettogehalt 1500 Euro, sollte auch er die 653 Euro für seinen Bettplatz in der Alzeyer Straße selbst zahlen. Sein Aufenthalt dort hatte sich da allerdings schon zu einem Albtraum entwickelt. Einer seiner beiden Mitbewohner, ein Muslim, hatte ihn ständig angefeindet, weil er vom Einkaufen angeblich israelische Produkte mitbrachte. „Er hasste alles Westliche“, sagt Kidane. Der Konflikt mit dem Drogensüchtigen eskalierte, bis der Mann ihn eines Tages mit einem Messer bedrohte. „Ich hatte dauernd Angst, er könnte mich umbringen. Mir ging es psychisch sehr schlecht.“ Konflikte waren demnach Alltag in dem Haus. Der negative Höhepunkt ereignete sich in diesem April, als er bereits ausgezogen war: Ein Bewohner zündete seine Matratze an und entfachte beinahe einen Großbrand.

*Rechtsanwältin
Katharina Happ
hat es sich zur
Aufgabe gemacht,
ihre Klienten
vor Abzocke zu
bewahren.*



Die Münchner Anwältin Katharina Happ rät Obdachlosen, sich gegen die „Wucherpreise“ zu wehren. Sie vertritt auch Kidane. Als er die geforderten Beherbergungskosten auf ihr Anraten hin nicht zahlte, sondern nur einen Betrag in Höhe des Mietspiegels, wurde ihm von der Five Walls GmbH schriftlich gedroht. Er müsse die Unterkunft verlassen, wenn er nicht bin-

nen 24 Stunden bezahlt. Das Schreiben liegt der BISS vor. Anwältin Happ, die sich seit Jahren für Flüchtlinge einsetzt, stellte einen Eilantrag vor Gericht – Kidane durfte bleiben, die Räumung wurde untersagt. Er erstattete Anzeige gegen die Five Walls GmbH und Mitarbeiter der Stadt wegen des Verdachts auf Wucher und der versuchten Erpressung. Die Staatsanwaltschaft jedoch

stellte das Verfahren ein, nachdem die Stadt angab, die Unterkünfte seien defizitär. Nun muss das Oberlandesgericht im Klageerzwingungsverfahren über die Aufnahme von Ermittlungen entscheiden. Happ sagt, es sei trauriger Alltag in den Unterkünften, dass Obdachlose, die nicht die vollen Gebühren zahlen wollen, unter Druck gesetzt würden. „Bedrohungen durch Security,

BISS braucht auch weiterhin Freunde

Mit Ihrem Beitrag unterstützen Sie BISS und finanzieren Arbeitsplätze sowie unsere Projekte.

Freundschaftsabo: ☐ € 90 pro Jahr (Spende € 40, Abo € 50)
Normalabo: ☐ € 50 pro Jahr (für Münchner nicht möglich)

Fördermitgliedschaft: Der Betrag bleibt Ihnen überlassen. Ab einer Zuwendung von € 90 erhalten Sie BISS auf Wunsch zugesandt. (In diesem Fall verringert sich der Spendenanteil in Ihrem Förderbeitrag um die Abokosten von € 50.)

- ☐ Ich möchte Fördermitglied werden.
☐ Bitte senden Sie mir BISS zu.
☐ Bitte senden Sie mir BISS nicht zu.

Spende: ☐ Bitte betrachten Sie meine Zahlung als Spende.

☐ Ich habe den Betrag auf
IBAN: DE 67 7509 0300 0002 2186 66 Liga Bank,
BIC: GENODEF1M05 überwiesen.

☐ Ich bitte Sie, meinen Namen nicht zu veröffentlichen.

An BISS e. V., Metzstraße 29, 81667 München

SEPA-Mandat: BISS e. V., Metzstraße 29, 81667 München
Gläubiger-ID: DE13ZZZ00000468536 / Mandatsreferenz: wird später erteilt

Ich ermächtige BISS e. V., Metzstraße 29, 81667 München, Zahlungen von meinem Konto mittels Lastschrift einzuziehen. Zugleich weise ich mein Kreditinstitut an, die von BISS e. V. auf mein Konto gezogenen Lastschriften einzulösen.

Hinweis: Ich kann innerhalb von acht Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, die Erstattung des belasteten Betrages verlangen. Es gelten dabei die mit meinem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen.

Ich bin bereit, BISS jährlich mit _____ Euro zu unterstützen:

IBAN _____ BIC _____

Geldinstitut _____

Name, Vorname _____

Straße _____ PLZ / Ort _____

Datum / Unterschrift _____

Vorabinformation: Der Betrag wird,

beginnend mit dem Monat _____

☐ monatlich ☐ vierteljährlich ☐ halbjährlich ☐ jährlich

jeweils zum 3. des jeweiligen Zahlungsmonats vom angegebenen Konto eingezogen.

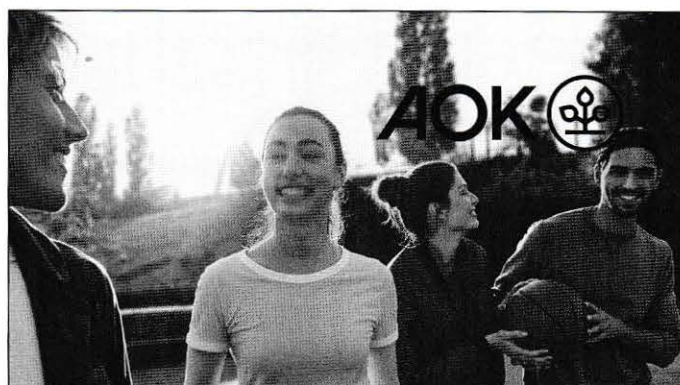
fristlose Kündigungen, kalte Räumungen: Das ist der tägliche Terror.“ Die meisten Bedrohungen erfolgen nach ihrer Darstellung verbal, belegen lassen sich diese daher nicht. Die Five Walls GmbH hat eine Anfrage, die sie mit entsprechenden Vorwürfen konfrontiert, bisher nicht beantwortet.

Es geht letztlich auch um die Frage, was die Stadt darf und was nicht. Das Sozialreferat betont schließlich immer, man halte sich an die gesetzlichen Pflichten. Anwältin Happ aber sieht das anders. Nach ihrer Ansicht ist es rechtswidrig, dass obdachlose Menschen zivilrechtliche Beherbergungsverträge mit privaten Betreibern unterschreiben müssen, wie sie sonst etwa bei Ferienwohnungen üblich sind – zumal mit Preisen von mehr als 100 Euro pro Quadratmeter. Solche Verträge gelten rechtlich eigentlich nur für eine vorübergehende Unterkunft und beinhalten oft zusätzliche Dienstleistungen wie Reinigung oder Security. Umstritten ist, ob dann Schutzmechanismen des Mietrechts wie etwa die Mietpreisbremse oder der Kündigungsschutz gelten. Doch laut Happ haben die Betroffenen gar keine Wahl: Sie werden vom Wohnungsamt bestimmten Unterkünften zugewiesen. Und weil bezahlbarer Wohnraum in München extrem knapp ist, bleiben viele nicht nur vorübergehend dort, sondern oft über Jahre. Daher, so Happ, dürfe die Stadt sie rechtlich nicht wie Hotelgäste behandeln – und schon gar nicht verpflichten, für Zusatzleistungen wie Sicherheitsdienste, soziale Betreuung und Leerstandsrisiken zu bezahlen. Das sei Aufgabe des Sozialstaats. Happ schätzt die tatsächlichen Kosten für einen Bettplatz, „ohne Gewinnaufschlag und überflüssige Zusatzleistungen“, auf etwa 150 bis 300 Euro im Monat.

Doch einige sind sich die Gerichte darin nicht. Das Amtsgericht München etwa ist Happs Logik gefolgt und hat geurteilt, dass bei der gesetzlichen Unterbringung von Flüchtlingen auch die öffentlich-rechtlichen Kostengesetze gelten. Die öffentliche Hand dürfe diese nicht einfach durch privatrechtliche Vertragsgestaltungen umgehen. Hingegen hat der Bundesgerichtshof in einem Einzelfall gesagt, dass dies möglich sei. So oder so: Machtlos scheinen Happ und ihre Klienten gegen die Mahnbescheide nicht zu sein. Happ hat für die Betroffenen nach eigenen Angaben binnen wenigen Jahren Kosten von mehr als 200.000 Euro abgewendet. „Die Wucherpreise sind vor Gericht nicht durchsetzbar. Keiner, der von mir vertreten wurde, musste bisher etwas bezahlen.“ Ihr Klient Amanuel Kidane wohnt inzwischen in einer städtischen Unterkunft. Er zahlt dort 333 Euro für ein Bett. Es gehe ihm jetzt „viel besser“, erzählt er. Katharina Happ unterstützt ihn dabei, so schnell wie möglich eine eigene Wohnung zu finden – um dem „Wucher-System“ endgültig zu entkommen.



QR-Code scannen und lesen
Den Text finden Sie
in Einfacher Sprache auf
unserer Website.



Gesundheitsbewusst? Zahlt sich aus!

Mit dem neuen Bonusprogramm der AOK Bayern.

Die AOK Bayern belohnt Ihren gesundheitsbewussten Lebensstil. Einfach Punkte für Vorsorge, Bewegung und Sport oder Engagement sammeln und gegen Geldprämie tauschen.

* Details und Bedingungen finden Sie unter
www.aok.de/Bayern/bonusprogramm



Jetzt mehr
erfahren

AOK Bayern. Die Gesundheitskasse.

Münchner Kultouren meets BISS



Haidhausen einmal anders:

Die Stadtführung zeigt, wie Menschen früher in diesem Viertel lebten und welche sozialen Herausforderungen es damals gab und bis heute gibt. In Kooperation mit der Straßenzeitung BISS berichten Mitarbeiter:innen von ihren Erfahrungen in Haidhausen.

Termine/Zeit

Do 09.10.2025, 15.00 Uhr

Treffpunkt

BISS, Metzstraße 29,
81667 München

Kursgebühr

13,- EUR/ermäßigt 5,- EUR/
110 Min. (Schüler:innen,
Student:innen und
München-Pass-Besitzende)

NEU

Wohnen, Leben, Sterben:

Ein Spaziergang durch Münchner
Lebenswelten

Authentische Ansprechpartner:innen vermitteln Einblicke in die große Bandbreite sozialen Lebens in München. Eine besondere Begegnung bietet das Gespräch mit einem Bewohner des Hauses an der Franziskanerstraße. Beim Besuch der Gräber von BISS-Verkäufern sowie dem Moshammer-Mausoleum werden die unterschiedlichen Geschichten lebendig. Kooperation mit BISS und dem KMFV.

Termine

nach Vereinbarung

Treffpunkt

Rio Filmpalast (außen), Rosen-
heimer Str. 46, 81669 München

Kursgebühr

13,- EUR/ermäßigt 5,- EUR/
135 Min. (Schüler:innen,
Student:innen und
München-Pass-Besitzende)

Anmeldung

sekretariat@muenchner-bildungswerk.de
Für Gruppen nach Vereinbarung